Preis 0,15 Goldmark | Preis 0,15 Goldmark

Proletarier

Zeitschrift für Kommunismus

Jahrg. 3 | Dezember 1923 | Nr. 10

Sind der Leiden noch nicht genug?

Ihr seid angelangt bei einem Zustand, wo Euch nichts weiter mehr interessiert, als die Frage, ob ihr morgen noch ein Stück Brot, ein paar Kartoffeln, vielleicht auch noch einen Klecks Margarine habt — und alles andere ist Euch höchst schnuppe.

Ihr sagt dies selbst. Und auch wenn Ihr nicht eingestehen wollt: Es ist so.

Ihr trottet schon wochenlang nach der Fabrik, und wißt nicht was Ihr zu bekommen habt, auch nicht, was Euch Eure Arbeitgeber gnädigst freiwillig geben.

Und wenn Ihr ein Brot, ein Pfund Zucker, ein Pfund Affenfett oder sonst einen Brocken Futter hingeworfen bekommt, dann wankt Ihr wie Tote auf Urlaub nach Hause. Ihr wißt nicht, weiter nicht ob es Freude, Wut, Verzweiflung oder Gleichgültigkeit ist, das auch ein verzerrtes Lachen abzwingt.

Ihr denkt überhaupt über nichts mehr nach!

Ihr seid alle Tiere geworden. Ob Hunderttausende jeden Tag entlassen werden, ob die Erwerbslosen in ihrem eisernen Schmerz und Druck verkommen und niedergeschossen werden wie räudige Hunde:

Das ist Euch alles völlig gleichgültig.

Jeder denkt an sich!

Oder einmal ein paar Tage aus reiner Verzweiflung streikt, und nachdem genau so schlau in die Betriebe hineingeht wie ihr herausgekommen seid:

Jeder denkt nur an sich. Hauptsache ist, er hat erst mal etwas. Was die anderen machen, geht ihn gar nichts an.

Und dabei seid ihr noch nicht einmal einfach! Die Buchdrucker, die um „wertbeständigen Lohn" streikten, wollten anscheinend glaubend machen, daß sie für die „Allgemeinheit kämpften". Wenn ihre Forderungen bewilligt werden würden auf Kosten der anderen, so wären sie mit ihrem „Erfolg" bestimmt schlimmer abgeschnitten. Und so sind nicht nur die Buchdrucker, so seid ihr alle mit ganz wenigen Ausnahmen. Und dabei redet ihr viel von Solidarität und Klassenkampf.

Glaubt nur nicht, Proleten, daß das, was ihr selbst nicht glaubt, Euch jemand anderes glaubt. Ihr kennt Euch vielleicht selbst etwas vorübergehen, in dem Ihr Euren eigenen Gewissen in Euren Stimmungen einfach keine Antwort gibt.

Euren Klassenfeinden, die auf den Epidemien jedes einzelnen von Euch spekulieren, die den zünftlerischen kleinbürgerlichen Berufsgrößenwahn gebrauchen, um Euch einzelnen, die einzelnen Berufe unter sich, die Sonderinteressenpolitik gegen die anderen Proleten ausspielen, denen macht ihr kein X für ein U vor. Die kennen ihre Pappenheimer ganz genau.

Proletarier! Ihr glaubt so, indem ihr den letzten Rest von Menschenwürde gewaltsam unterdrückt, Euch duckt, jeder nur für sich sorgt, rackert, schuftet, klaut, schiebt, daß ihr um eine Entscheidung herumkommt. Ihr täuscht Euch dadurch, daß Ihr, jeder für sich mit seinem Hamsterbrocken sich fehen in jene Lage versetzt, daß Euer Wohl unmittelbar, das Leid Euer Dasein mit bestimmt. Aber ihr haltet ihn nicht auf! Ihr könnt wohl Euer Dasein verschieben, vor der Sorgen der Geschichte, vor dem Gotteo der proletarischen Revolution. Aber ihr könnt Euch nicht vor ihr verbrechen, sie wird Euch finden!

Ihr wißt ganz gut, daß das Geschwätz Eurer Gewerkschaftsbossen über die „Gottheiten" nur aberwitzer Kitsch ist. Ihr wißt ganz gut, daß hörtgen gegen den Kapitalisten jeden Tag, daß ihr Euch 20 „Gottheiten" gegenüber gesetzt seht, und wenn noch kommt, 50 Pfennige, ihr seht jeden Tag, wie sich die „Gottheiten" schlau verdopeln. Ihr seht schon tagtäglich mit dem „wertbeständigen" Geld, und werdet es auch bald sehn, mit der „Kommunist". Ihr arbeitet heute schon lächlich für einen Gotteo der Stunde, genessen an den Lippen der Vorkriegszeit.

Und wenn ihr dies noch nicht wissen sollte: Der Kapitalismus kann Euch nicht mehr geben. Er muß Euch immer weniger geben. Ihr werdet sehr bald für den „Lohn", den ihr heute in acht Stunden bekommt, zehn und zwölf Stunden arbeiten müssen.

Damit der deutsche Kapitalismus „konkurrenzfähig" wird, sollt und müßt ihr im internationalen Ausmaße am billigsten schaffen und am wenigsten fressen, um die englische, amerikanische usw. Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen. Ihr zwingt so die Proletarier anderer Länder, den Wettkampf im Schuften mit Euch aufzunehmen. Wenn Ihr dies von denen versuchen wollt:

Gebt Euch nur keinen Illusionen hin!

Denn Ihr seid bestimmt die Dummen. Denn Ihr seid ganz abgesehen von dem unvergleichlich besseren Stand der ausländischen Industrie, schon viel zu weit heruntergekommen.

Ihr habt Euch durch Eure Schufterei und Euer jahrelanges Hungern schon selbst viel zu sehr auf den Hund gebracht.

Und weil dies nicht geht, deswegen ist Euer Schicksal besiegelt, wenn Ihr Euch noch weiter dumm stellt.

Die deutsche Kapitalistenklasse ist gerade dabei, Euch weiter zu pressen auf die Ebene der Sklavenarbeiter, die vor den eigenen Konsumenten ihrer Politik, weil sie Hersteller, daß die Proleten kapieren werden müssen und diese Immergebilde von SPD. und Gewerkschaften vollends auseinanderfallen. Darum werden sie aus der Regierung ausgeschifft. Das deutsche Kapital weiß, daß sie in „Opposition" viel besseren Dienste leisten. Denn sie können dem Kapital nur ihrer eigenen Existenz willen keinen Widerstand entgegensetzen. Darum werden sie kurzerhand hinausgeworfen.

Das deutsche Kapital ist entschlossen, jetzt aufs ganze zu gehen.

Das mit den Brotlosen, ging bis jetzt so leidlich.

Das wird jedoch bald verlockt brenzlich werden. Ist es schon, Sondergerichte sind schon eingesetzt! Bald werden die Standgerichte folgen! Dann ist dieser Weg versperrt.

Das mit der „Erwerbslosenunterstützung" ging bis jetzt noch. Die wird jetzt schon, und in Zukunft ganz gewaltig abgebaut werden. Und damit den Millionen, die sich bisher so eben und eben mit Hilfe ihrer gekauerten Kartoffel über Wasser hielten mit samt ihren Kindern das Lebenslicht ausgeblasen.

Das mit den Lösen ging bis jetzt noch. Das deutsche Kapital hatte seine Orgeschrepublik noch nicht ganz beseitigt, noch nicht ganz wolle Garden unter Waffen. Sich noch nicht mit dem „Erfolgs" verständigt, und brauchte „Ruhe" für diese Vorbereitungen. Und die deutschen Proleten waren obendrin so an Kohlenstaupmphchen gewöhnt, daß sie alles möglichte für gewerkschaftliche „Erfolge" ansahen.

Darum Proleten sieht vor Euch die Frage:

Sind der Leiden noch nicht genug?

Wollt Ihr die Erkenntnis proletarischer Selbstverständlichkeiten noch durch tausendfach vermehrte Qualen erkaufen?

Wollt Ihr Euch noch länger durch die Zugehörigkeit zu den Organisationen proletarischen Klassenverrats, den Gewerkschaften und parlamentarischen Parteien, selbst den Blut abzapfen?

Wollt Ihr nicht endlich begreifen, daß nur proletarischen Klassenmilitärtät die Plattform ist, auf der Ihr Euch von dem Unterjoch retten könnt?

Jeden Tag erhellen die Blitze der kapitalistischen Katastrophe den politischen Horizont. Die Massenerschöpfung von Verhungerten ist zur alltäglichen Erscheinung geworden. Mit einer Handbewegung werden täglich Tausende aus den Betrieben geworfen. Dieweil der steigende Hungerbrand durchs Land schreitet und die in den sozialen Abgrund gestoßenen in einen Zustand versetzt, daß der erste Frost genügt, um sie zur Erstarrung zu bringen.

Ihr habt Euer Schicksal selbst in der Hand, Proletarier, Euer Schicksal als dasjenige ist das Schicksal der gesamten Arbeiterklasse.

Es ist das Schicksal der proletarischen Revolution!

Letzte Zuckungen

Das deutsche Kapital windet sich hilflos hin und her. Die einzelnen kapitalistischen Gruppen können sich über die Machtverteilung nicht einigen. Der äußere Ausdruck dieser Krise ist die Unmöglichkeit, einen Reichskanzler zu finden, der nach innen und nach außen Kredit genießt. Besonders die letztere Notwendigkeit bereitet die größten Schwierigkeiten. Selbst das landwirtschaftliche Kapital hat eingesehen, daß es auf der bisherigen Grundlage seiner Politik, der absoluten Erfüllungsverweigerung und der Verneinung des Versailler Vertrages sich unmöglich halten kann. Es erklärte sich auch in dieser Richtung zu Konzessionen bereit. Es wollte sogar die republikanische Staatsform anerkennen. Trotz dieser erheblichen Schwenkung wollte das Entente-Kapital von einer rechts gerichteten Regierung, d. h. von einer Regierung, die noch offiziell auf deutschnationalem Boden steht, nichts wissen. Die nächstnächste Ergebnis dieser Krise ist nicht das Vorgehen der nationalen Parlamentsparteien für die bestmöglichste Wiederherstellung, sondern die Unterordnung des [illegible] unter die Führung der Landwirtschaft. Dieser Vorgang zog nach rechts in der deutschen Volkspartei und in [illegible] bewirkt nur die Tatsache, daß die verarbeitende Industrie und das Finanzkapital sich ihrer Abhängigkeit von der einzigen noch innerhalb der deutschen Wirtschaft befindlichen Rohstoffbesitzerin bewußt sind. Während in der Zeit vor der Krise d. h. vor dem Abbau des passiven Widerstandes, die Schwerindustrie innerhalb der deutschen Wirtschaft diktierte und ihre Interessen allein maßgebend waren, hat sich dies mit der „vorläufigen" Aufgabe des Ruhr- und Rheingebiets vollkommen geändert. Die Schwerindustrie ist desinteressiert an der weiteren Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Die Stinnesrepublik hat aufgehört zu existieren. An ihre Stelle ist die Rentenrepublik getreten. Das landwirtschaftliche Kapital hat auch sofort mit einer Offensive auf der ganzen Linie eingesetzt. Es will all die Konzessionen, welche die Schwerindustrie in den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie gemacht hat, wieder beseitigen, weil es eine ungeheure Abspaltung für seine Produkte voraussieht, wenn nicht die Produktionskosten auf das äußerste verringert werden. Da das gesamte Material vom Ausland bezogen werden muß und diesem keine Preise diktiert werden können, so bleibt nichts anderes übrig, als eine verstärkte Ausbeutung der Arbeiterschaft. Die Landwirtschaft führt aus diesem Grunde den Kampf mit äußerster Hartnäckigkeit. Sie hat es sich zur Aufgabe gestellt, die verarbeitende Industrie konkurrenzfähig zu machen. Da die Industrie auch selbst daran hinarbeiten muß, so kommt hier die Offensive des landwirtschaftlichen Kapitals äußerst gelegen. Es ist auf die Versorgung der deutschen Arbeiterschaft mit landwirtschaftlichen Produkten des Binnenmarktes angewiesen. Denn wenn auch noch Lebensmittel in beträchtlichen Mengen vom Auslande bezogen werden müssen, so wäre an eine Möglichkeit einer Konkurrenzfähigkeit überhaupt nicht zu denken. Es sucht daher auf jede Weise einen Anschluß an die Landwirtschaft und schließt jede Verbindung mit den Gewerkschaften aus. Die Gewerkschaften sind heute die heftigsten Gegner des landwirtschaftlichen Kapitals, weil durch deren Vorgehen ihnen jede Existenzmöglichkeit abgeschnitten wird. Sie erkennen, daß das landwirtschaftliche Kapital die treibende Faktor bei dem Vorgehen der Industrie ist. Der Gegensatz zwischen Stadt und Land bekommt jetzt eine ganz scharfe Form. Die Arbeiterschaft kämpft gegen die Aushungerung durch die Landwirtschaft ganz allein. Früher konnte sie noch auf eine gewisse Unterstützung durch die einzelnen kapitalistischen Gruppen rechnen. Man erinnere sich nur an den sogenannten Kriegssozialismus, d. h. die Zwangswirtschaft der landwirtschaftlichen Produkte. Schwerindustrie und verarbeitende Industrie errangen sich erst eine Modifizierung im Kampfe mit der Landwirtschaft seit dem Jahre 1924. Jetzt und die verarbeitende Industrie dieses Problem aufgerissen, während die Schwerindustrie sich in einer eigenen Wirtschaftsprovinz selbstständig gemacht hat.

Die Landwirtschaft regiert buchstäblich durch den Hunger. Sie teilt der Arbeiterschaft die Rationen zu und erklärt ganz offen, daß sie die weitere Versorgung von der Stellungnahme der Arbeiterschaft gegenüber den Forderungen verschiedener

---

B2

gende Beschäftigung. Vorbedingung ist, wie dieselbe Nummer dieses „Arbeiterblattes" besagt, gesund, kräftig, gute militärische Führung und nicht über 35 Jahre alt. Für gute Verpflegung und Bezahlung ist gesorgt.

Im Hintergrunde marschieren bereits die Freunde Noskes, die Hakenkreuzbanditen usf., und schon ist das Stichwort: „Kampf gegen den Bolschewismus" ausgegeben. Der große Krach mit seinen aufscheuchenden Wirkungen auf die zur Verzweiflung getriebene Arbeiterklasse findet Gewerkschaften und ihre Trabanten auf dem Posten. „Einigkeit" schreien alle Hahnen, die den Sturm nahen sehen, der sie zu verscheinden droht: Einigkeit und — schießt, sticht, haut, tretet, peitscht auf eure verhungernden Brüder, die dem kapitalistischen Staat zuleibe wollen. „Verhütet den Bürgerkrieg" und erledigt jeden, der nicht für die Republik verrecken will, die den großen und kleinen Bonzen das herrlichste auf der Welt ist. Denn — das ist „Sozialismus", der wieder zu „marschieren" beginnt.

Pfuch über jeden Proletarier, der für schnöde Silberlinge sich von der Konterrevolution kaufen läßt. Schimpf und Schande über all jene, die organisatorisch und politisch diese Verbrecherbanden weiter unterstützen, statt mit allen Mitteln auf ihren Sturz hinzuarbeiten.

„Rausch und Rabold"!

So überschreibt der „Vorwärts" eine Notiz in seiner letzten Sonntagnummer, die sich mit dem Austritt der beiden aus der SPD. beschäftigt. Darin heißt es wörtlich folgendermaßen:

„Rausch und Rabold. Bernhard Rausch, früherer Redakteur des Kieler Parteiblattes, dann Pressechef Noskes, Redakteur der Parteiblätter in Kottbus und Saarbrücken, letzt Angestellter in der Zentrale für Heimatdienst, hat dem Parteivorstand seinen Austritt aus der Partei angezeigt und eine sehr lange Begründung dafür beigefügt. Den ganzen Brief läßt er durch die schwerindustrielle „Telegraphen-Union" an alle deutschen Zeitungen verbreiten. Als Grund für seinen Schritt bezeichnet er das angebliche Versagen der Partei in staatspolitischer Hinsicht. — Auch der bisherige sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Emil Rabold hat den Austritt aus der Partei vollzogen. Ihm ist die Partei allerdings zu sehr staatspolitisch gerichtet. Sein Landtagsmandat hat Rabold noch nicht niedergelegt."

„Rausch und Rabold!" Der „Vorwärts" spottet seiner und weiß nicht wie. Ganze Bände spricht die unscheinbare Meldung von dem Scheiden dieser beiden aus der SPD. Denn sie ist in höchstem Maße typisch für den Zusammenbruch der so ohnmächtigen Mammutpartei. Typisch deswegen, weil die SPD. lauter Rausche und Rabolds beherbergt, die alle in dem heutigen Zerfall der Partei nach entgegengesetzten Seiten auseinanderlaufen werden. Die Rausch nach rechts zur Bourgeoisie, die Rabold nach links zur Konkurrenz. Je nach Charakter, Neigung, Anschauung und sozialer Lage ihrer Träger muß sich die sozialdemokratische Partei heute in ihre Elemente auflösen. Die Stände ihres geschichtlichen Untergangs ist da, von keiner Macht aufzuhalten, von keiner noch so eindringlichen Beschwörung, „treu zur Partei zu steuern". Wie Spreu im Winde zerstreut sich, was sich in der vergangenen Geschichtsepoche unter der Aera und dem Deckmantel der „sozialen Reform" zusammengefunden hatte. Bürgerliche Konjunkturstreber, schöngeistige Literaten und Pazifisten, Emporkömmlinge der Arbeiterklasse, mehr oder weniger ehrliche und pflichttreue Repräsentanten proletarischer Politik, des Sanatorium verschiedester, oft diametral entgegengesetzter Elemente hatte sich Jahrzehnte hindurch in der einen sozialdemokratischen Partei ein Stelldichein gegeben. Parteidisziplin hieß echte Revolutionäre vom Schlage einer Luxemburg und eines Liebknecht über die Bordenker der Zusammenarbeit mit der Mehrheit ihrer Parteigenossen hinwegsehen, solange, bis sie den nichtswürdigen Verrat derselben an den proletarischen Grundsätzen, bis sie den Klassenfeind in ihnen klar erkannt hatten. Seit dieser Stunde galt den ehemaligen „Genossen" ihr schärfster, unermüdlicher Kampf, unbeklümmert um alle persönlichen Rücksichten, getreu bis in den Tod. Dies und nichts anderes ist ehrlicher und erfolgreicher proletarischer Kampf.

Wer aus opportunistischen Gründen von diesem abweicht, macht sich mitschuldig der Chloroformierung der Arbeiterklasse. Denn jeder Opportunismus muß das Proletariat einschläfern, anstatt es zu wecken. Nichts anderes als die programmatische Verquickung des proletarischen Endziels mit sozialen Reformen ist der SPD. hat ihr Versagen und damit dasjenige des Proletariats in dem vergangenen Jahrzehnt verursacht. Nichts anderes als die Sozialreform war das Verbrechen von „Arbeitervertretern" an der Arbeiterklasse. Nichts anderes als die Epoche der Sozialreform wird mit dem geschichtlich bedingten Untergang der sozialdemokratischen Partei zu Grabe getragen. Nichts anderes als die Sozialreform und ihre Vertreter haben der Proletarierklasse die Erkennung ihres Klassenfeindes verbarrikadiert. Fort mit ihr für alle Ewigkeit, denn sie ist das Opfem der Arbeiterklasse.

„Verbrecher"

„Der Polizeipräsident (Sozialdemokrat Richter) hat die Polizeiorgane angewiesen, bei etwaigen weiteren Plünderungen — mit aller Schärfe und unter Anwendung aller verfügbaren Mittel gegen die Ruhestörer vorzugehen." „Die Plünderungen betrafen fast ausschließlich Lebensmittel- und Konfektionsgeschäfte." („Vorwärts" Nr. 520.)

„300 Personen, unter denen sich gewerbsmäßige Verbrecher befanden, wurden auf Lastkraftwagen nach dem Polizeipräsidium gebracht." („Vorwärts" Nr. 521.)

„75 Prozent aller erstmalig mit Zuchthaus bestraften Personen hatten ein Einkommen unter 900 Mark jährlich." „75 Prozent aller bestraften Jugendlichen haben im schulpflichtigen Alter Lohnarbeit verrichtet." („Amtliche preußische Jahrbücher", 1913.)

Wer ist nun Verbrecher?

Ausland

Ungarn

Die ungarische Arbeiterklasse hat eine Periode der faszistischen Offensive, welche unmittelbar nach dem Sturz der Räteregierung einsetzt, bereits hinter sich. Die ungarischen Faszisten, die sich auf das Klubbleben, auf die Stadt und Land, Bauernte, die von ihrem früheren Lebensniveau herabsteigen mußten, sowie auf Offiziere stützten, haben die Wirtschaft des Landes in einen chaotischen Zustand gebracht. Später werden durch den Druck der sich langsam entwickelnden Arbeiterbewegung und den Rückschlag der Außenpolitik die „erwachenden Ungarn", (so nennen sich die ungarischen Faszisten) gezwungen, ihrer Plus einer Pseudodemokratie einzunehmen, welche die Oeffentlichkeit über die Festigung der Konterrevolutionsgewalt in Ungarn dauernd zu täuschen versucht. Während dieser Zeit der Abschwächung der blutigen Terrors und der verfassungslosen Rechtsordnung in der ungarischen Industrie ist die Arbeiterbewegung verhältnismäßig wieder bedeutend gewachsen.

Doch haben alle Versuche der ungarischen Regierung, die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Landes zu Gleichgewicht zu bringen, ein Fiasko erlitten. Die Friedensgrenzen für die Gegenstände des täglichen Bedarfs und die Wirtschaftspolitik der Regierung, die ganz unter dem Einfluß der Agrarier und Großkapitalisten steht, haben nicht allein zu einer Stärkung der Streikbewegung geführt, sondern auch die kleinbürgerlichen Elemente, die sich auf die „erwachenden Ungarn" stützten, gegen die Regierung aufgebracht. Die Regierungsbeamten, die bisher eine Stütze der „christlichen" Regierung waren, wenden sich jetzt gegen dieselbe. Die Gewerkschaften, infolge des Druckes ihrer Mitglieder, führen einen „Kampf" gegen die Regierung Bethlen: Lohnerhöhung, Existenzminimum und ähnliche reformistische Forderungen.

Doch die „erwachenden Ungarn" operierten für ihre Bestrebungen mit der Politik der Regierung, die nach ihrer Meinung die Arbeiter und das jüdische Kapital zum Schaden des Kleinbürgertums und der christlichen Bevölkerung unterstützte. Die Lage war kritisch. Man stand vor der Uebernahme der Macht durch die „erwachenden Ungarn", an deren Spitze das antisemitisch-christlichnationale Trio Henbesch-Eckardt-Wolf stand. Die Regierung Bethlen wurde nur durch die Kleinbürgerten gerettet, die sich auf die Seite der Großagrarier gestellt hatten. Da sich die Regierung doch schwach fühlte, so machte sie den Faszisten einige Konzessionen und ging nach deren Rezept gegen die Arbeiterschaft vor. Darauf wandte sich Bethlen an die Entente und hat diese um Kredite für die Wiederherstellung Ungarns und um die Befreiung von den Reparationszahlungen an die Kleine Entente. Diese Bestrebungen ausländische Hilfe zu erhalten, mußten das Ansehen der Regierung auch bei den „erwachenden Ungarn" haben.

Anfang Mai fuhr Bethlen nach Paris. Vor seiner Abreise gelang es ihm, eine Art von Burgfrieden herzustellen. Er hat sogar von den Sozialdemokraten das Versprechen erhalten, daß diese „im Interesse des Landes" während seiner Pilgerfahrt zur Entente von jedem Auftreten absehen werden. Gleichzeitig hat die Regierung einen Gesetzentwurf über die „Freiheit der Industriearbeit" über eine Schlichtungsordnung, über Schiedsgerichte und Gewerkschaften" veröffentlicht. Schon der erste Paragraph zeigt deutlich, was die Regierung Bethlen unter der „Arbeitsfreiheit" versteht. „Jede Person (heißt es darin) hat das Recht, im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Verordnungen und der von ihr durch einen Vertrag übernommenen Verpflichtungen eine Arbeit jeglicher Art anzunehmen oder abzulehnen. Anderseits kann auch der Unternehmer in seinem Betriebe nach dem Prinzip der freien Festsetzung der Arbeitsbedingungen die Produktion einstellen oder fortsetzen". Und gleich der Paragraph 2 sagt deutlich, es heißt dort, daß „als eine Ueberschreitung der Arbeitsfreiheit gilt, der amerikanische Streik (Sabotage) und alle ähnlichen Erscheinungen, die die Produktionsverminderung oder eine Störung des regelmäßigen Arbeitsganges des Betriebes herbeiführen". „Die Industriearbeiter desselben oder verwandter Berufe können Gewerkschaftsverbände zum Schutz ihrer wirtschaftlichen Interessen begründen, wobei für diese Verbände die Bestimmungen des vorliegenden Gesetzes gelten".

Im Paragraph 21 heißt es weiter: „Der Minister des Innern bestimmt, welche Berufe als gleichartig und verwandt zu bezeichnen sind". „Die Bestimmungen des vorliegenden Gesetzes gelten nicht für die lebenswichtigen Staats- und Kommunalbetriebe". Die Arbeiter dieser Kategorie haben kein Koalitionsrecht mehr. Arbeitsnachweise darf er nur amtliche geben, und diese sind Vermittlungsbüros für Streikbrecher. Die Statuten von wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen unterliegen der Bestätigung des Innenministers. Jugendliche unter 18 Jahren dürfen nicht aufgenommen werden. Anderseits besagt ein Passus, daß Personen, die aus irgend einem Grunde von dem Verband abgelehnt werden, aufgenommen werden müssen. Das hat den Zweck, die Arbeiterorganisationen mit Spitzeln zu durchsetzen und so die Arbeiterbewegung dem Unternehmer auszuliefern. Das Gesetz bestimmt weiter, daß außer den üblichen Mitgliedsbeiträgen keine besonderen Abgaben in irgendwelcher Form, ob es in Geld oder Arbeitsleistung, erhoben werden dürfen. Wenn der Vorstand eines Verbandes seinen Aufgaben nicht entspricht, so kann er durch die Provinzialbehörden abgesetzt werden. (!) In diesem Falle bestimmen die Provinzialbehörden (!) den Vorsitzenden. Auch kann ein offizieller Vertreter der Behörde in die Leitung entsandt werden. Auch kann jeden Mitglied von dem zuständigen Minister die Aufhebung irgend eines Beschlusses verlangen. Ein anderer Punkt besagt, daß Organisationen bei jedem Streik auf Schadenersatz verklagt werden können. Doch die Krone wird diesem Entwurf aufgesetzt, durch die Bestimmung, nach der die Arbeiterverbände verpflichtet sind, jedes Jahr ihre Berichte bei der zuständigen Behörde einzureichen, welche ihrerseits dem Minister darüber berichtet. Außerdem müssen die Verbände auf Verlangen der Behörden und der Polizei eine vollständige namentliche Mitgliederliste einreichen. Die Vertreter der Behörden und der Polizei sind jederzeit berechtigt, die Räume der Organisationen zu betreten, den Mitgliederversammlungen und Vorstandssitzungen beizuwohnen und die Bücher, Rechnungen, Dokumente und Korrespondenzen einzusehen. (!) Der Minister hat das Recht, auf dem Gerichtswege einen Verband vorzugehen und sogar eine provisorische Verwaltung desselben zu bestimmen. Wenn der Minister es für zweckmäßig hält, kann er den Verband auflösen.

Nicht mit Unrecht hatte Bethlen in seiner Pariser Rede erklärt, daß Europa stark daran interessiert sei, daß Ungarn, das 130 Tage lang eine bolschewistische Regierung ertragen hatte, vor neuen Erschütterungen bewahrt bleibe und daß am Mittellauf der Donau für immer Ruhe und Ordnung hergestellt werde.

Sozialistische, kommunistische, schöngeistige Literatur

besorgt und liefert Verlag der KAPD., Berlin NO., Landsberger Straße 6.

Wir kaufen antiquar. sozialist. Bücher

An unsere Leser und Verbreiter!

Genossen! Die „KAZ." bereitet sich in finanziellen Schwierigkeiten, wie nie zuvor! Die Bezahlung seitens der Ortsgruppen und der Bezieher von einzelnen Exemplaren erfolgt im allgemeinen so spät, daß eine völlige Entwertung des Geldes eingetreten ist, wenn es in die Hände des Verlages kommt. Dieser Zustand läßt sich nur dadurch ändern, daß jeder Leser der „KAZ." den

aufgedruckten Preis sofort bezahlt!

Laßt den Ueberbringer der Zeitung nicht zweimal nach diesem Betrag fragen. Bezahlt sofort!

Post-Bezieher müssen wöchentlich, d. h. für zwei Nummern abrechnen. Ortsversteuern, die anderen Exemplare beziehen, rechnen von dieser Nummer ab pro Exemplar 500 Millionen weniger als der aufgedruckte Preis ab. Einzelpost-Bezieher müssen den vollen Preis wöchentlich einsenden.

Genossen, unterstützt Eure Zeitung durch Sammlungen für den Pressefonds!

Nordamerika

Auch aus den Vereinigten Staaten wird eine Verschärfung der Wirtschaftskrise gemeldet. Nach einem Bericht des Arbeitsamtes des Staates Illinois kamen im Monat August auf 100 offene Stellen 117 Stellungsuchende. In der Metallindustrie vermindert sich die Zahl der beschäftigten Männer, während die der Frauen wächst, was natürlich zu einer Herabsetzung der Löhne führt. Diese betrugen etwa 12½ Dollar wöchentlich zum Ende des Monats August. In Chicago erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen im Bekleidungsgewerbe um 56 Prozent im Laufe des Monats August 1923. Auf eine offene Stelle entfielen am 1. September 14 Stellungsuchende. — Die Preise für die Lebenshaltung steigen stetig; an den Vorkriegspreisen (Goldbasis) gemessen, sind sie 60 Prozent höher.

England

Die Zahl der Arbeitslosen betrigt nach der Statistik des Arbeitsministeriums am 8. Oktober 1.224.600, d. h. 50 000 mehr als in der Vorwoche. Da die wachsende Zahl Erwerbsloser allmählich zu einer wirtschaftlichen und politischen Gefahr zu werden droht, beschäftigt sich die gesamte Presse mit Ratschlägen zum Abhilfe des kapitalistischen Uebels. Die Regierung will zu außerordentlichen Maßnahmen schreiten. Die von gewissen Seiten vorgeschlagene Auswanderung nach den englischen Kolonien und selbständigen Staaten des britischen Imperiums kann nur zum geringsten Teile möglich, da z. B. auch in Australien wirtschaftliche Krise und Arbeitslosigkeit herrschen. Die britische Regierung schlägt deshalb vor, an Gemeinden und Industriebetriebe Kredite bis zur Höhe von 50 Millionen Pfund Sterling zu gewähren, von denen 14 Millionen für den Ausbau von Straßen und Brücken und 15 Millionen für die Erweiterung des Eisenbahnnetzes verwandt werden sollen. — Die Arbeitslosen, die in England eine besondere Organisation besitzen, haben sich seit 18 Monaten mit dem Gedanken eines Generalstreiks beschäftigt. Jetzt hat sich ein schuß dieser Organisation an die Trade-Unions (Gewerkschaften — Amsterdamer Richtung) herangetreten, um zu veranlassen, daß diese am Tage der Parlamentseröffnung einen eintägigen Generalstreik veranstalten zugunsten der Arbeitslosen. Auch die dortige unabhängige Arbeiterpartei (ILP.) hatte diesen vor drei Wochen aufgegriffen und sogar in ihrem Organ dafür Propaganda gemacht, dann aber eine Woche später alles wieder fallen gelassen. — Die Vertreter der Arbeitslosen-Organisation auf dem diesjährigen englischen Gewerkschaftskongreß in Plymouth ihre Wünsche vortragen wollten, wurden sie auf Betreiben der reaktionären Gewerkschaftsbürokraten einfach nicht zugelassen und kurzerhand herausgeworfen.

Schweiz

Die Zahl der Arbeitslosen hat sich von Juli bis August um 50 Prozent erhöht und beträgt gegenwärtig 14 715, worunter sich 11 598 Männer und 2817 Frauen befinden. Ebenso hat sich die Zahl der Kurzarbeiter im Laufe des Monats August erhöht von 12 592 auf 13 507, d. i. um 915. Das Elend der Arbeitslosen wird dadurch vergrößert, daß die Regierung ihnen die Beihilfe entzogen hat. Während in Basel im Monat April von 2565 Arbeitslosen 1430, d. s. 50 Prozent Unterstützung bezogen, erhielten im August von 2308 Arbeitslosen nur 650, d. h. 28 Prozent, eine staatliche Unterstützung.

Norwegen

Auch hier wird ein Anwachsen der Arbeitslosenziffer gemeldet. In der Zeit vom 25. August bis 10. September hat sich die Zahl der Arbeitslosen von 9430 auf 9880 erhöht. Trotz wachsender Arbeitslosigkeit trägt sich der Gemeinderat der Hauptstadt mit dem Plan, die Zahl der Gemeindearbeiter zu verringern. 700 Arbeiter sollen dauernd entlassen werden.

Pressefonds

(Ausgabe in Millionen von Mark.)

Ronsdorf 116, Westeregeln 50, Wriezen 140, Chemnitz 116, Mainz 50, Eberswalde 95, Ortsgr. Stolp 10 000, Losse 150, Union-Berlin 205, Anilin-Rummelsburg 450, Berolina 300, F. Ma. 1 000, Union-Berlin 1 150, amer. Gen. 2 500, Lehmann 200, 9. Un-erbez. 1 625, 5. Unterbez. 8 735, R. 3 000, F. Sch. 18 000, X. 5 000, pa. 12 000, Stifchr. 15 000, Bergha. 126, Lutze 600, Möllendorf 250, Kardolski 100, 10. Unterbez. 45, Stöver 100, Union-Berlin 1 000.

In Zukunft werden Beträge unter einer Milliarde nicht mehr veröffentlicht.

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Liers, Neukölln. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. — Inh. Emil Schubert, Charlottenburg. — Druck: W. Izzdonat, O 17.

Bestellschein

Der Unterzeichnete bestellt hiermit die

Kommunist. Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands.

Name: .....

Ort: ..... Str. ..... Nr. .....

Quergeb.: ..... Hinterh.: ..... Vorderh.: .....

Diesen Bestellschein bitten wir an den Verlag der „KAZ.", Berlin NO 18, Landsberger Straße 6, im offenen Kuvert als „Drucksache" frankiert einzusenden.

Ausbeutung einrichten werde. Alles Fliehen der Gewerkschaften, ein langsameres Tempo einzuschlagen, wird mit einem höhnischen Achselzucken beantwortet. Ein langsames Sterben ist dem Kapital viel zu kostspielig. Es will noch die letzten Kräfte der Arbeiterschaft produktiv ausnutzen. Das Proletariat soll Arbeit und Brot erhalten. Viel Arbeit und wenig Brot, nach guter alter christlicher Regel. Darum soll die Erwerbslosenunterstützung abgebaut werden. Sie hat ihre Funktion, Gewöhnung an Hunger erfüllt. Eine Rebellion des Proletariats erwartet das Kapital nicht mehr. Die geballte Faust in der Tasche fürchtet es nicht, weil die Hungerpeitsche die Faust in der Tasche hält. Die schwere Wirtschaftskrise macht auch für die Industrie die Arbeiterschaft entbehrlich, so daß eine Interessenkollision mit der Industrie nicht zu befürchten ist. Der gemeinsame Kampf gegen die Arbeiterschaft wird durch Interessengleichheit getötet. Das deutsche Kapital ist unter sich einiger als je und fest entschlossen, mit voller Wucht die Unterdrückungsmaschine auf das Proletariat loszulassen. Augenblicklich hat die Offensive nur begonnen. Sie muß sich in ihrem weiteren Verlauf verschärfen, um schließlich in einen offenen Kampf auszuarten. Der Wiederaufbau von Brandenburg-Preußen fordert Arbeiterblut in Strömen.

Es könnte vielleicht merkwürdig anmuten, daß wohl alle aufgezeigten Strömungen auf das deutsche Kapital in der Reichsfront zutreffen, daß aber noch ein erheblicher Widerstand gegen die Auflösung der alten Koalition in Preußen besteht. Die Auflösung der preußischen Koalition ist aber nur eine Frage der Zeit. Im Preußenparlament sitzen nur die zweitklassigen Größen. Diese haben noch nicht voll begriffen, in welcher Umwälzung sich das deutsche Reich befindet. Außerdem ist ein republikanisches Preußen eine Notwendigkeit für die Außenpolitik. Auch ist eine Umwälzung in dieser Hinsicht nicht so notwendig, weil die Reichsexekutive ausgezeichnet gegen alle Rebellen funktioniert, d. h. soweit sie „marxistisch" orientiert sind.

Die Umstellung, welche das deutsche Kapital durch die Abtrennung des rheinisch-westfälischen Gebietes vollziehen muß, ist um ungeheuren Schwierigkeiten verknüpft, zumal da sich die Schwerindustrie nach Möglichkeit allen Verpflichtungen, die es durch das Abkommen mit der Micum getroffen hat, auf das Reich abwälzen will. Die Entschädigung für die Lieferungen an die Entente soll das Reich übernehmen. Die Schwerindustrie erklärt schon jetzt, daß das Abkommen für sie untragbar sei. Sie verweist besonders darauf, daß die Abgabe von 10 Franken pro Tonne die Preise für Kohle und Stahl weit über die Weltmarktpreise treiben müsse. Es sei deshalb eine äußerst rationelle Wirtschaft erforderlich. Der Ruhrbergbau habe zwar vor Beginn der Ruhraktion die Förderung der Friedenszeit erreicht. Dies seit aber allein darauf zurückzuführen, daß sie den Betrieb mit einer 50 Prozent höheren Arbeiterschaft gearbeitet worden wäre. Es sei vor allen Dingen notwendig, die Anzahl der beschäftigten Personen auf den Friedensstand herabzusetzen. Die schlesischen und andern Einwanderer müssten in ihre Heimat abtransportiert werden. Die Schwerindustrie hat auch schon damit begonnen. Sie wird nicht eher nachlassen, als bis sie Rheinland-Westfalen von diesen „überflüssigen Elementen" gesäubert hat. Der furchtbare Hunger, welcher in Rheinland-Westfalen wütet und von dessen Ausmaß man sich hier überhaupt keinen Begriff machen kann, wird diesen Prozeß beschleunigen. Die „Frankfurter Zeitung" bringt gemeinerregende Berichte über den Hungertod im besetzten Gebiete. Sie schildert, wie die Massen durch passiven Widerstand der letzten Ersparnisse beraubt, alles verkaufen, um nur für einige Stunden den Hunger stillen zu können. Selbst den Wohlhabenden sei es nicht möglich, sich die notwendigen Nahrungsmittel zu verschaffen. Die vollständige Lahmlegung des Transports, die Sabotage der Landwirtschaft verschärfen noch die Hungersnot. Der mit der Micum abgeschlossene Vertrag wird erst nach längerer Zeit eine Aenderung in den Verhältnissen bringen können, da die Lager voll sind, und das deutsche Kapital auch aus Mangel an Betriebsmitteln nicht sofort mit voller Kraft die Produktion in Gang setzen kann. Auch die Uebergangszeit bis zur Verselbständigung des Rheinlandes wird von schweren Krisen begleitet sein. Es soll ein selbständiger Verwaltungskörper geschaffen werden. Die rheinische Gulden-Mark muß erst eingeführt werden und sich internationale Geltung verschaffen. Da die Landwirtschaft in Rheinland-Westfalen nicht im entferntesten in der Lage ist, die Ernährung der Bevölkerung zu ermöglichen, so muß von vornherein mit einer starken Belastung des Haushalts durch Einfuhr gerechnet werden. Es werden somit sehr starke Anforderungen an den neuen Staat gestellt werden. Es ist daher ganz erklärlich, daß die Schwerindustrie versuchen wird, sich soweit als möglich zu entlasten.

Die Schwerindustrie hat wohl ein Abkommen mit der Micum geschlossen, dieses dient aber nur dazu, die Ruhrindustrie zur Zahlung der Reparationskosten zu verpflichten. Die Krönung dieses Werkes, der Abschluß eines Wirtschaftsabkommens mit dem französischen schwerindustriellen Kapital fehlt noch. Es wird darum noch ein heißer Kampf entbrennen, dessen auf die Dauer kann sich die rheinisch-westfälische Industrie ohne einen Anschluß an die französische Wirtschaft nicht halten. Die Verbindung zwischen deutscher Kohle und französischem Erz muß geschaffen werden. Es ist dies nur eine Frage der Zeit. Das letzte Abkommen bildet nur ein Provisorium, zu dem sich die deutsche Schwerindustrie nur sehr schwer und wegen der Unmöglichkeit noch auf längere Zeit die Produktion ruhen zu lassen entschlossen hat. Die französische Industrie wollte erst den Gegner mürbe machen und hofft, ihn so zu einem für sie günstigeren Abkommen zu zwingen. Sie hat sich vorläufig mit einer gewissen wirtschaftlichen Abhängigkeit begnügt, die ihr einen erheblichen Zuschuß in bar und eine kostenlose Lieferung von 20 Prozent der Produktion sichert.

Das deutsche Proletariat steht vorläufig ziemlich stumm dem vom Kapital angestrebten Zermalmungsprozeß gegenüber. Diese Stumpfheit ist aber keineswegs mit einem fatalistischen Schlafen zu verwechseln. Man könnte fast sagen, es sieht sich einmal die Sache an, um loszuschlagen, wenn es ihm zu bunt wird. Dieser Zustand ist schon fast da. Alle Unterdrückungsmaßregeln beschleunigen nur diese Entwicklung. Sie drängen direkt das Proletariat zum Kampf. Die Arbeiterschaft kann diesem Druck nicht länger ausweichen und muß zur Offensive übergehen, ob sie will oder nicht. Offensive aber bedeutet Revolution. Mit einer blossen Rebellion kann und wird nicht das Proletariat sich zufrieden geben. Denn eine Rebellion läßt dem Kapital die Macht, und das Proletariat kann dies nicht zulassen, wenn es nicht sein eigenes Todesurteil unterschreiben will. Es muß ganze Sache machen.

Die verunglückte Parade

Am Dienstag sollte programmäßig Schlag 6 Uhr die Revolution entfesselt werden. Unter „strengster Diskretion" hatte man an die Mitglieder der aufgelösten KPD. das Ersuchen gerichtet, sich an verschiedenen Treffpunkten zusammenzufinden und wieder mal in der bekannten flammenden Weise gegen das Verbot der KPD. zu protestieren. Aber nicht einmal mit dem Köder der „Illegalität" dieser Aktion waren die Proleten nochmals zu einer Demonstration zu locken . . . zu einer Demonstration, wie sie sie nun schon zu Dutzenden erlebt haben. Das Spiel: „Rinn in die Kartoffeln" — „raus aus die Kartoffeln" hat für die Proleten endgültig jeden Reiz verloren.

Die Demonstration war eine glorreiche Pleite. Die Betriebe hatten sich durchweg ablehnend verhalten, und so setzte sich die Teilnehmerschaft zusammen aus einer Minderzahl engagierter Hundertschaftler, die, hoffentlich zum letzten Male, auf die Parole „Revolution auf die Minute" hereingefallen waren und einer Mehrzahl von „Mitläufern", „Sympathisierenden", die weniger auf den programmäßigen Ambruch der Revolution, als auf die erste kapitulationsgegangene Fensterscheibe hofften. — Man versuche hier nicht falsch: Berlin hat Obdachlosendemonstrationen gesehen, Elendsparaden, bei denen man erschütternd war, daß die Teilnehmer die Elend so geduldig an den Häusern und Läden der Bourgeoisie vorüberzogen. Aber über „demonstrierte" eine Menge, die in dieser Mehrheit für Revolution wie für Reaktion gleich leicht zu haben war — vorausgesetzt, daß dabei die gleiche Anzahl Fensterscheiben eingeschlagen werden dürfte. — und so kam es auch, trotz der Bemühungen einiger Provokateure, nicht zu ernsteren Zusammenstößen — und die Sipo kam um das erwartete „Großkampftag". Es war geradezu lobreich anzuerkennen, mit welcher Bereitwilligkeit sich die Demonstranten vom Lustgarten nach der Gegend der Leipziger Straße „abdrängen" ließen — denn in der Schloßgegend ist „nichts zu holen" — und mit welcher Wurstigkeit man an der Gertraudtenstraße den Versuch einer politischen Rede hinnahm — schließlich war man dazu nicht gekommen.

Es war in der ersten Zeit der Revolution in bürgerlichen Kreisen üblich, von den „Lausejungens von Spartakisten" zu sprechen. Die Zufallsbilder, die von den damaligen Demonstrationen erhalten sind, beweisen aber, daß die Mehrzahl der Demonstranten gerade von den älteren Arbeitern aus den Betrieben gestellt wurde. Ein Zufallsbild dieser Demonstration wäre keine Widerlegung dieses Ausdrucks. — Der Lustgarten hat viele Demonstrationen gesehen — aber eine derartige Pleite einer Demonstration noch nicht. Schlagender konnte die KPD. nicht beweisen, daß sie innerhalb der Arbeiterschaft abgewirtschaftet hat, als durch dieses Aufgebot von Pappenkreisen, mit denen sie in Berlin die Leute hinhält. Der KPD. passierte

Proletarier! Unterstützt die revolutionäre Presse!

Man kann natürlich nichts anderes tun, als es dem gewunden Sinn der Proleten in der KPD. überlassen, sich über die Logik der Thesen ihrer Opposition ihre eigenen Gedanken zu machen. Wenn schon mit den demokratischen Illusionen gebrochen werden soll, so muß man natürlich auch nach der positiven Seite hin wissen, was man will. Wenn man so offen die eigene Partei des Verrats an der proletarischen Revolution bezichtigt, und die konterrevolutionären Privatunternehmungen der Oberbonzen, die in der „Arbeiterregierung" nur die Frucht des „revolutionären" Parlamentarismus sehen, brandmarkt und bekämpft, so muß man doch auch einmal über die größte und verderbenbringendste Illusion, über die „Eroberung der Gewerkschaften" reden und darüber zu einem Resultat gelangen. Es genügt eben nicht, in Thesen den radikalen Mann zu spielen, um im höchsten Fall eine neue „Führergarnitur" in die Zentrale zu schicken, die ebenfalls auf Rußland schwört und deswegen die von den verknöcherten Sozialdemokraten betriebene und von Rußland verlangte „Einheitsfrontitaktik" in einer andern Form fortführt und an der grundsätzlichen Linie deswegen nichts ändern kann, weil sie jeden Konflikt mit Rußland vermeiden will und wird. Vielleicht ist die Zeit nicht mehr fern, wo die Russen, um wieder neue Illusionen zu erwecken und in Anbetracht des jämmerlichen Fiaskos in Sachsen und Thüringen neue Walzen aufstecken, Hamburg war schon ein kleines Vorspiel. Den Russen und ihren Strohmännern in Deutschland kommt es gar nicht darauf an, einige kleine Oppositionsherde explodieren zu lassen, um zu gleicher Zeit die Gesamtorganisation durch die in ihr verankerten konterrevolutionären Disziplin hintanzuhalten, um die einzelnen Brandherde abzurieseln. Daraus wird man dann die Richtigkeit der alten Linie wieder begründen, und die Frage des Putschismus von neuem aufrollen, während eine parlamentarische Partei heute gar nicht anders tun kann, als bestenfalls zwischen Putsch und Parlamentarismus herumzutorkeln. Die Zeche bezahlen natürlich die Proletarier, und solange, bis sie erkennen, daß der revolutionäre Klassenkampf nur Sinn hat unter einem klaren revolutionären Programm. Wenn alle politischen und organisatorischen Maßnahmen in der Organisation selbst sowohl, als auch die Zielsetzung durch die Organisation während des Kampfes auf der Linie der Machtergreifung des Proletariats in wirtschaftlicher und politischer Beziehung liegen. Die klare Erkenntnis dieser Notwendigkeiten jedoch setzt schöpferische Gedanken und den Willen zu ihrer Verwirklichung voraus. Das ist die Organisation der Klasse in den Betrieben zum Zwecke der Eroberung der Produktion durch das in den Betrieben organisierte revolutionäre Proletariat, unter Führung de revolutionären Partei des Proletariats, die all die umfassen muß, die ihr Heil nicht mehr von einer neuen „Führergarnitur" erwarten, sondern nur von sich selbst, und die diesem Gedanken immer und überall vertreten und ihn nach Möglichkeit in die Tat umzusetzen haben. Und das ist der Teil, der wirklich „unter der Fahne der Revolution" marschiert. Die Thesen der Opposition der KPD. selbst beweisen, daß diese Partei trotz der Illegalität und der großen Aufmachung, unter der Fahne des Arbeiterverrats und der konterrevolution marschiert.

Die Thesen der Opposition sind laut Bericht der „Fahne der Revolution" mit 40 gegen 16 Stimmen abgelehnt worden. Der alte Kurs wird also beibehalten, und nach den vorliegenden Erfahrungen ist gar nicht daran zu zweifeln, daß die Opposition genau mit demselben Pathos wie zuvor die nach ihrem eigenen Eingeständnis konterrevolutionäre Taktik propagieren und verteidigen wird. Von wegen der „Disziplin". Noch mehr, sie werden jeden ehrlichen Proletarier, der das, was dort gebrandmarkt wird, ebenfalls brandmarkt, der versucht, das Proletariat aus den Illusionen herauszubringen, um den revolutionären Ideen zum Durchbruch zu verhelfen, nach wie vor aufs erbitterste bekämpfen und vor keinem, auch nicht den erbärmlichsten Mitteln zurückschrecken. Es ist mehr als bezeichnend, daß gerade diese „Opposition" bisher die Parole der konterrevolutionären Zentrale aufs peinlichste ausführte und die Genossen der Linken der KPD. und AAU., wenn kein Mittel mehr vorhanden wollte, als Spitzel und Provokateure zu denunzieren suchte, um einen „Erfolg" ihrer, das heißt der Politik ihrer konterrevolutionären Zentrale buchen zu können. Und die revolutionären Proleten in der KPD. werden sich entscheiden müssen: Entweder mit oder gegen die Revolution! Ein drittes gibt es nicht mehr.

Daß es dies nicht mehr gibt, hat niemand besser begriffen, als die Herausgeber und Besitzer der „Fahne der Revolution" selbst. Sie erkennen nur zu gut, daß die den Thesen der Opposition innewohnende Tendenz Gift für ihre konterrevolutionäre Taktik ist. In einem über zwei Spalten langen Artikel werden die Thesen der „Linken" kurz und klein geschlagen, und der Opposition vorgeworfen, daß sie nur Praktionstuppen kochen will. Im übrigen ist es das übliche nichtssagende Geschwätz und ein Versuch, für den Zusammenbruch dieser Taktik und die dadurch zutage getretene beispiellose Feigheit eine theoretische Basis zu liefern. Aber in der Hitze des Gefechts sind die Oppotunisten doch sehr aus sich herausgegangen, und die Thesen der Mehrheit, die angenommen wurden, sind so deutlich ausgefallen, daß der Mehrheit der Mitglieder der KPD. (die eben das Patrioten besteht) das nationalistische Herz wie ein kleiner Dampfhammer klopfen muß. So heißt es zum Beispiel im Schlußsatz dieser Thesen:

„Die KPD. hat durch ihren Kampf gegen den Versailler Frieden, gegen die Ausführung des Ruhrgebiets gezeigt, daß sie die einzige nationale Partei Deutschlands ist. Sie hat die Pflicht, angesichts der Zerstückelung Deutschlands, seiner nationalen Ohnmacht unter dem nationalistischen Regime der Faszisten, seiner Auslieferung an die Entente, in die entscheidende Phase ihrer Arbeit zu treten, zu sagen, daß allein die Rückkehr zu unserer Sowjetstaat das Wahrzeichen der nationalen Befreiung ist. Sie hat zu die Rückkehr zu und Märkte, an die Schoße, an die nationalistischen, bewaffneten Organisationen herauszurufen und zu sagen, daß die zerstückelten Deutschlands, seiner nationalen Ohnmacht und nationalen Schmach sich wollen, oder ob sie mit uns zusammen kämpfen wollen für ein neues, freies Reich der Arbeit."

Damit dürfte wohl auch alles gesagt sein, was über den weiteren Inhalt der Thesen selbst noch zu sagen wäre. Wichtigemerkt: Die Partei mit diesem Programm schreibt über ihre Zeitung „Die Fahne der Revolution". Nach ihrem eigenen Eingeständnis sind die Hakenkreuzorganisationen nicht ganz so revolutionär wie die KPD., weil sie sich nationalistisch genug sind. Die KPD. übertrifft sie alle. Die Befreiung des Proletariats ist das Werk der KPD.-Zentrale gemeinsam mit Hitler und Ludendorff und Küppel-Kunze, die nach der Logik der KPD. ja alle unter der Fahne der Revolution marschieren.

Und die Proleten in der KPD.? Ihnen muß gesagt werden, wer vorgibt, aus „revolutionärer Disziplin" eine solche Partei unterstützen zu müssen, der will entweder sein Gewissen beschwichtigen oder er schämt sich zu sagen, daß er selbst ein erbärmlicher Kleinbürger ist. In jedem Fall richtet sich jeder, der diese Brutstätte der Konterrevolution nicht mit allen Mitteln bekämpft, durch seine eigenen Taten.

Die „herrliche Zeit" ist da!

Berlin, 29. November. (WTB.) Weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit. Im unbesetzten Gebiet hat die Zahl der unterstützten Erwerbslosen am 15. November 1 250 000 betragen, gegenüber 943 000 am 1. November, die Zahl der unterstützten Kurzarbeiter 1 772 000 gegenüber 1 703 000. Die Zahl der Arbeitslosen in den besetzten Gebieten wird unverändert auf mehr als 2 Millionen geschätzt."

Zu diesen 5 Millionen Unterschriften kommt noch die gleiche Zahl der Nichtunterstützten. Zusammen mit Familienangehörigen verdoppelt sich die Zahl nochmals. Die Mehrheit des deutschen Proletariats liegt also auf dem Pflaster.

Die Erwerbslosen sollen ihre Unterstützung „verdienen"

Um die Erwerbslosen planmäßig zur Drückung der Löhne und zur Abwärgung von Streiks usw. heranzuziehen, um die Erwerbslosenmassen ähnlich wie die Zuchthaus- und Gefängnisinsassen zur Schmutzkonkurrenz gegenüber ihren Klassengenossen zu zwingen, hat das Reichsarbeitsministerium Richtlinien herausgegeben, denen wir folgendes entnehmen:

„Notstandsarbeiten sind Arbeiten, die mit Mitteln der Erwerbslosenfürsorge gefördert werden. Besondere Förderung verdienen Notstandsarbeiten, die geeignet sind, die Menge einheimischer Nahrungsmittel, Rohstoffe und Betriebsstoffe zu vermehren, die in hohem Maße menschliche Arbeitskraft beanspruchen und in geringem Maße sachlichen Aufwand verbrauchen. Arbeiten, denen ein volkswirtschaftlicher Wert nicht zukommt, sollen grundsätzlich nicht unterstützt werden. Als Träger der Notstandsarbeiten gelten nur Körperschaften des öffentlichen Rechts, gemischt-wirtschaftliche Unternehmungen und Privatunternehmungen, soweit ihre Tätigkeit nicht auf den Erwerb (!) gerichtet ist. Die Förderung einer Notstandsarbeit soll im allgemeinen nicht über die Dauer von 6 Monaten hinausgehen. Die Notstandsarbeiter dürfen nur den tariflichen Arbeitsnachweisen entnommen werden und müssen mindestens zwei Wochen vor Zulassung zur Notstandsarbeit Erwerbslosenunterstützung bezogen haben, wobei diejenigen zu bevorzugen sind, die schon längere Zeit erwerbslos sind. Eine Beschäftigung des Notstandsarbeiters ist nicht als Arbeitsverhältnis, sondern als eine Form der Erwerbslosenfürsorge anzusehen. Seine Arbeit stellt die Gegenleistung für die Unterstützung der Bei Arbeitsverweigerung kann die Unterstützung entzogen werden. Beträgt die Arbeitszeit wöchentlich mehr als 24 Stunden, so erhöht sich die wöchentliche Hauptunterstützung für je 2 weitere Stunden um 20 Prozent. Jedem Notstandsarbeiter muß eine bestimmte Mindestarbeitszeit vorgeschrieben werden. Für besonders schwierige und gute Arbeitsleistung sollen Prämien festgesetzt werden, die aber in ihrem Gesamtbetrage für je 8 Stunden 5 Prozent des wöchentlichen Hauptunterstützungssatzes nicht übersteigen dürfen. Falls nicht genügende Arbeitsgelegenheit für alle Erwerbslosen eines Bezirkes vorhanden ist, so soll nach Möglichkeit in mehreren kurzen Schichten gearbeitet werden, andernfalls sollen die Notstandsarbeiter im allgemeinen nach 26 Arbeitstagen ausgewechselt werden. Die Gemeindeaufsichtsbehörden haben das Recht, bei sogenannten kleinen Notstandsarbeiten den oben erwähnten Zuschlägen zu widersprechen, falls die Bestimmungen nicht innegehalten werden. Große Notstandsarbeiten dürfen nur gefördert werden, wenn sie mindestens 2000 Arbeitslosentage umfassen. Die Förderung soll im allgemeinen das Doppelte der gewöhnlichen Erwerbslosenunterstützung, nur in Ausnahmefällen das 2fache nicht übersteigen. Notstandsarbeiten, aus denen ein Ertrag zu erwarten ist, dürfen nur gefördert werden, wenn dem Reiche und dem Lande ein angemessener Anteil an dem Ertrage gesichert ist." — —

Diese Bestimmungen (die sich danoben noch mit der Beschaffung der Mittel befassen) traten mit dem 3. Dezember 1923 in Kraft, während gleichzeitig die Ausführungsbestimmungen vom 23. Dezember 1922 und vom 25. Oktober 1923 außer Kraft gesetzt werden. Bereits laufende Notstandsarbeiten sollen baldmöglichst, spätestens bis zum 29. Dezember 1923 nach den neuen Bestimmungen umgestaltet werden.

Wir haben schon früher, trotzdem dies eigentlich überflüssig ist, darauf hingewiesen, was das bedeutet. Die Bourgeoisie legt auf der einen Seite die Produktion lahm und wirft die Proletarier millionenweise auf die Straße, um sie durch „Notstandsmaßnahmen" zu zwingen, Schrittmacher für den weiteren Lohnabbau zu sein. Wer sein „Pensum" (genau wie im Zuchthaus) für die Bettelpfennige nicht zu Wege bringt, weil er durch den Hunger schon so weit herunter ist, daß er die Arbeiten, „die in hohem Maße menschliche Arbeitskraft beanspruchen" nicht mehr leisten kann, scheidet vom Bezug der Unterstützung aus. Ein raffiniertes Prämiensystem soll dazu dienen, die Erwerbslosen in eine wilde Konkurrenz hineinzujagen, durch die sie selbst über die Leichen ihrer von der Bourgeoisie schon völlig zermürbten Klassengenossen hinwegschreiten sollen. Die neue Entdeckung, daß es Privatunternehmungen gibt, deren Tätigkeit „nicht auf den Erwerb gerichtet" sein soll, ist geradezu bezeichnend für den Zynismus, der hier zutage tritt, und die wohl besagen soll, daß hier nicht der Profit in Frage kommt, sondern die Hilfe für die „notleidenden Volksgenossen", die auf die Straße gesetzt wurden, weil eben die Tätigkeit, die sie bis dahin ausübten für die Kapitalisten, auf den „Erwerb" von Profit gerichtet war, und dieser Erwerb jetzt viel besser durch die Stillegung der Produktion blüht. Daß die Gewerkschaften und Sozialdemokraten bei all diesen Gemeinheiten ihre Hand mit im Spiele haben, ist natürlich selbstverständlich. Und wenn die Bourgeoisie es noch eine Zeitlang fertig bekommt, die Erwerbslosen gegen die Arbeitenden auszuspielen, so haben nicht zuletzt die Proletarier in den Betrieben selbst schuld, die eben noch immer nicht begriffen haben, daß die Solidarität mit den Erwerbslosen nur einen Sinn hat, wenn die Parole, Sturz des Kapitals mit samt seinen Gewerkschaften zur Tat wird.

„Goldlöhne"

Bald wird auch diese Parole verwirklicht sein! Die „Goldmark" ist ja schon Tatsache; wenigstens die Rechnung nach Goldmark. „Komisch" — hört man allerorts bereits seufzen — „daß man mit so einer Goldmark oder der einer der Goldmark entsprechenden Papiergeldmenge bald nichtmehr kaufen kann, als mit einem Friedensgroschen, und dabei gibt es selbst für die, die noch das „Glück" haben, zu arbeiten, nur die Hälfte der falschen Goldmark wie in Friedenszeiten von den echten, trotzdem die Goldmarkpreise so rasend klettern. Es ist natürlich selbstverständlich, daß, da mit der völlig entwerteten Papiermark nichts, gar nichts mehr unternommen werden kann, neues „Geld" auftaucht. Die „Rentenmark" ist denn ja auch weiter nichts, als ein von den Agrariern und den Industriellen des unbesetzten Gebietes herausgegebener Schuldschein. Und diese Rentenbank pumpt der Regierung immer dann etwas, wenn sie ihr zu Willen ist und so viel, wie sie selbst glaubt verantworten zu können. Daß sie gegen das Proletariat nur ein neues Betrugsmanöver ist und dem Proletariat durch das „neue Geld" noch mehr als bisher die Luft abgedreht werden soll, dürften folgende Anweisungen zeigen, die die „Verdeutscher" (Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände) in ihrem Nachrichtenblatt Nr. 5 geben. Es heißt dort:

„Der Goldlohn muß unter dem Friedenslohn liegen. Wir müssen im Lohnkonto billiger produzieren wie das Ausland und wie im Frieden. Wie hoch der Goldlohn im prozentualen Verhältnis zum Friedenslohn sein kann, läßt sich zentral nicht gleichmäßig bestimmen. Absolute Anlehnung an den Friedensnominallohn nicht möglich, da sich Wirtschafts-, Kalkulations- und Absatzverhältnisse in allen Industriegruppen entscheidend geändert haben. Schärfste Kalkulation des Lohnanteils. Festsetzung des Goldlohnes deswegen auf vollkommenen neuen Boden im Rahmen der wirtschaftlichen Tragbarkeit. Maßlose Forderungen der Arbeiter und unbedachte Nachgiebigkeit der Unternehmer birgt höchste Gefahr für den Bestand der Wirtschaft in sich. Rückzang der deutschen Produktion und der zur Verfügung kommenden Gütermengen drückt auf den Reallohn. Nur schnellste und nachdrücklichste Produktionssteigerung und Produktionsverbilligung stellt im Laufe der Zeit eine Steigerung des Reallohnes in Aussicht. Friedensgoldlöhne deswegen nur für Friedensleistung. Festsetzung des Goldlohntarifes Hand in Hand mit den Maßnahmen zur Produktionssteigerung und der Ausschaltung des produktiven eLerlaufs.

Goldlohntarif darf nicht einfach durch Umrechnung des bestehenden Papiermarktarifs in Gold gefunden werden. Damit würden wir die bisherige Lohnpolitik in der Frage der Spannen auch im Goldtarif verewigt. Die Spanne zwischen den gelernten und ungelernten, den Erwachsenen und Jugendlichen, den männlichen und weiblichen Arbeitern muß nach den Erfordernissen der Produktion und in Anlehnung an die Friedensverhältnisse wieder vergrößert werden. Soziallohn auch im Goldtarif. Unwirtschaftliche Umgruppierung der Arbeitskräfte, die durch den Krieg und die Nachkriegsverhältnisse eingetreten ist (z. B. Angelernte an Plätzen qualifizierter Arbeiter, ohne deren Leistung) muß wieder ausgeglichen werden.

Ein sogenannter Goldwertungsfaktor kommt zur Zeit beim Uebergang zum Goldlohntarif nicht in Anrechnung.

Goldtarif soll grundsätzlich nur im Wege der Einigung der beiden Tarifparteien, nicht aber durch Schiedsspruch und Verbindlichkeitserklärung zugestanden werden.

Die Gewerkschaften verlangen Umstellung des amtlichen Lebenshaltungsindex in Gold. Das Statistische Reichsamt scheint geneigt zu sein, die Umrechnung in Gold schon für die nächste Woche vorzunehmen. Die Frage, mit welcher Laufdauer etwa die Goldlohntarife abzuschließen seien, ist noch ungeklärt und wird wahrscheinlich bis zum Uebergang zu reinen Goldpreisen in der Wirtschaft auch kaum zu übersehen. Es besteht aber auf jeden Fall die Gefahr, daß auch die Goldlohntarife sofort einer automatischen Anpassung an den Lebenshaltungsindex unterworfen werden sollen, das der Uebergang zum Goldlohn für uns Goldschmiede ohnehin mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit zu einer Hebung unseres Preisniveaus führen wird, müßte eine Unterwerfung der Goldtarife unter den Lebenshaltungsindex unbedingt zur Katastrophe führen. Auch im diesem Grunde ist also vollständige Vorsicht und Zurückhaltung geboten."

Weil schon sowieso alles teurer wird, können wir nicht auch noch „höhere" Löhne bezahlen; im Gegenteil: Die müssen immer niedriger werden, damit die Kapitalisten vor der Katastrophe bewahrt bleiben, und nur die Proleten verrecken. Denn nur darin liegt die Möglichkeit, wieder konkurrenzfähig zu werden. — Die deutschen Proletarier mögen also vereint beweisen, daß sie in bezug auf schulten und hungern einen neuen Notstandsarbeiter aufzustellen vermögen, von wegen der Zukunft und unter dem Geschrei der Gewerkschaften: „Her mit den Goldlöhnen". Ob auch dem deutschen Proletariat nicht bald das grausamen Spiels genug ist und es begreift, daß seine Zukunft nur in der proletarischen Revolution liegt?

Verantwortlich: Sengebusch, Köln.
Druck: W. Isadonat, Berlin. Verlag der KAPD.

Genossen! denkt an die politischen Gefangenen!

an die flüchtigen, im Lande umherirrenden verfolgten Revolutionäre, denkt an deren Kinder, die in bitterster Not sind. Noch können wir nur mit Geld helfen. Denkt daran bei Lohnzahlungen, bei Zusammenkünften, bei Versammlungen. Helft uns Not und Elend lindern!

Sammelt!

Preis 0,15 Goldmark

Preis 0,15 Goldmark

Proletarier

Zeitschrift für Kommunismus

Jahrg. 3 | Dezember 1923 | Nr. 11

Ihr müßt Euch jetzt entscheiden!

Denn: denen Ihr bis jetzt die Entscheidung über Euch eingeräumt habt, die haben sich bereits entschieden. Sie haben sich entschieden dafür, daß der uneingeschränkte Terror Euch endgültig zur Raison bringen muß. Sie sind sich einig, daß es so nicht weiter geht. Nur darüber, wer an diesem großzügigen Aderlaß aktiv mitwirken soll, gehen die Meinungen noch auseinander. Die Sozialdemokratie stimmt selbstverständlich für das „Ermächtigungsgesetz", das der Regierung der deutschen Großbourgeoisie die Vollmacht gibt, mit Euch umzuspringen wie mit einer Herde Schlachtvieh. Sie gibt der Regierung die Vollmacht und „lehnt die Verantwortung" für die Taten, die sie selbst für notwendig hält, ab. Und damit ihre Ueberflüssigkeit nicht allzu sehr auffallen soll, verlangt sie trotzdem eine Vertretung in dem „Reichswirtschaftsrat", der die Kriegsmaßnahmen gegen das Proletariat überwachen soll. Damit „vermeidbare Härten" gegen das Proletariat ferngehalten werden sollen. Was an „unvermeidbaren Härten" noch übrig bleibt und zu den schon vorhandenen „unvermeidbaren Härten" noch hinzukommt, werdet Ihr bald zu spüren bekommen.

Wenn Ihr mit Euren Gewerkschaften und den rechten und linken Sozialdemokraten der Meinung seid, daß das unvermeidbare Verrecken eines großen Teils von Euch und Euren Kindern im Interesse der Sozialdemokraten und Gewerkschaften notwendig ist — nun, dann ist es gut! Wenn nicht, dann müßt Ihr Euch einmal aufraffen, und darüber nachdenken, was Ihr wollt, was getan werden muß.

Denn wißt: Verlängerung der Arbeitszeit, Belagerungszustand in Permanenz, Abbau der Erwerbslosenunterstützung, Sondergerichte für alle, die der Hunger zu Plünderungen zwingt, Schutzhaft oder „auf der Flucht erschießen" für jedem, der es wagt, den Mund aufzumachen durch die Demokratie mit Hilfe der Gewerkschaften und deren Geschäftsführer — das ist das „kleinere Uebel.

Und dasselbe ohne Gewerkschaften und Sozialdemokraten — das ist das „große Uebel".

Zwischen diesen zwei Uebeln hat die Sozialdemokratie gewählt, das heißt: Sie hat sich entschlossen, nicht freiwillig Selbstmord zu begehen. Das überläßt sie Euch und hofft, daß Ihr damit einverstanden seid, damit die Gewerkschaften und Sozialdemokraten Amsterdamer und Moskauer Kalibers weiter „Politik" machen können. Das mag manchen von Euch unbegreiflich erscheinen. Aber das sind eben politische Kinder ohne Kopf. Denn: Ihr müßt ins Gras beißen, Ihr müßt den Kopf hinhalten, nicht Eure Herren Führer. Die leben, wie die Dinge auch kommen mögen, herrlich und in Freuden.

Vorderhand streiten sich noch die Geister, ob der Reichstag, der eben im Begriff ist, sich zur Ruhe zu setzen, aufgelöst werden soll oder nicht. Die „Mittelparteien", dazu gehört auch die Partei des Herrn Stinnes — die auch für das „kleinere Uebel" ist — trommeln ihre letzten Mannen zusammen. Wenn es ihnen nicht gelingt, das „kleinere Uebel" durchzubringen mit der entsprechenden Stimmenmehrheit, soll der Reichstag aufgelöst werden. Das tut aber weiter nichts zur Sache. Es wird trotzdem weiterregiert wie bisher: die Eisenbartkur wird trotzdem unverzüglich durchgeführt. Der Belagerungszustand bleibt. Nur: Ihr sollt auf keine dummen Gedanken kommen und deshalb wird Euch ein bißchen politischer Arbeitsdienst zugewiesen. Ihr dürft, während Ihr Prügel bekommt, daß Euch der Teufel holt, Euch in Wahlversammlungen gegenseitig die Köpfe einschlagen. Damit Ihr etwas zu tun habt. Und — so hofft man — bis Ihr durch Eure Wählerei wieder einen Stall voll Diätenempfänger zusammengewählt habt mit den zwei Fronten vom großen und kleinen Uebel, hofft man mit Euch — vorderhand — schon fertig zu sein. Dann seid Ihr wieder so schlau wie zuvor.

Stellt Euch einmal eine Katze vor, die, wenn sie vom Hunger geplagt wird, sich immer ein Stück vom Schwanz abbeißt, sich von hinten anfängt selbst auffressen: Das ungefähr muten Euch Eure bewährten Führer zu.

Das ist die letzte Weisheit gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Politik.

Proletarier: Ihr müßt endlich begreifen, daß Euch dieses Theater gar nichts angeht.

Daß es Euch Wurscht sein kann, ob die Bergwerke im Ruhrgebiet den deutschen Stinnes oder den französischen gehören.

Daß Ihr, wenn Ihr wählt, zwischen dem großen und kleinen Uebel, zwischen Demokratie und Diktatur, Ihr im besten Falle wählt, wie man Euch das Genick umdrehen soll; in Wirklichkeit noch nicht einmal das, denn: die Demokratie und die Monarchie gleichen sich heute wie zwei Tropfen Wasser.

Was Euch angeht, ist Euer ureigenstes Schicksal, Eure Interessen, Eure Zukunft, Eure Klasse. Die anderen, die parlamentarischen Schwätzer, die gewerkschaftlichen Bankrotteure, die ganze Klasse der Bourgeoisie sind Eure geschworenen Feinde. Eure Klassenfeinde, gegen die es nur eins geben kann: Kampf; rücksichtslosen Kampf, unerbittlichen Klassenkampf!

Ihr seid nur machtlos, weil Ihr nicht den Mut habt, aus Eurer Lage die Konsequenzen zu ziehen. Ihr sträubt Euch bis zu Ende zu denken. Ihr glaubt immer noch, daß es noch einen anderen Ausweg gäbe, als die endgültige Auseinandersetzung, den letzten entscheidenden Krieg, die letzte Schlacht zu wagen.

Und den gibt es nicht, nur im Kampfe liegt die Möglichkeit der Rettung vor dem endgültigen Versinken.

In der Tat, der revolutionären Tat, selbstvollbrachten Tat, in der Klassentat, geboren aus der Klassensolidarität, von unten auf!

In den Betrieben liegt Eure Kraft, Eure Stärke. Dort müßt Ihr Euch zusammenschließen zum Kampf. Dort müßt Ihr Euch die revolutionären Aktionsausschüsse, die Vorläufer der Räte schaffen. Von dort müßt Ihr Euch mit den Erwerbslosen in Verbindung setzen, Euch mit ihnen vereinigen.

Und nur ein Gedanke, eine Parole, nur ein Wille: Schluß mit der kapitalistischen Gesellschaft! Die Betriebe, die Verkehrsmittel, die Bergwerke, das Land: alles gehört Euch, nicht Privatpersonen, die Euch nach Belieben hinauswerfen können und Euch verhungern und wenn Ihr Euch muckst über den Haufen schießen lassen.

Nur das bringt Rettung. Nur so kann Klassensolidarität erstehen: nicht, wenn dieser für seinen Fritz Ebert, jener für ein Pfund Margarine und der andere für den „Achtstundentag" kämpft. Und nur dann wird internationale Hilfe kommen, wenn Ihr selbst etwas unternehmt, wenn Ihr selbst beginnt. Wenn Ihr Euch endlich entscheidet.

Alles ist gegen Euch, muß gegen Euch sein — weil Ihr selbst gegen Eure ureigensten Klasseninteressen seid, bis jetzt gewesen seid.

Jetzt, wo die Diktatur alleine auf der Tagesordnung steht, wo die Demokratie mit dem Säbel herumrennt, wo alles klar ist, alle Hüllen fallen, mußt Ihr unbarmherzig handeln und alles niedertreten!

Sonst seid Ihr verloren!

Der Preisabbau

„Es handelt sich nicht mehr um Monate oder Wochen, sondern nur noch um Tage, in denen sich zeigen muß, ob es uns gelingt, uns vor dem drohenden völligen Verfall noch im letzten Augenblick zu retten." So sprach der neue Reichskanzler, und er erklärte außerdem, daß seine Politik die der vergangenen Regierung wäre. — Und auf den Wochenmärkten kommen die Frauen gar nicht aus dem Staunen heraus, ob der unerwarteten Tatsache, daß die Preise für Fleisch usw. tatsächlich heruntergegangen sind. Wenn die Proleten auch trotzdem keines kaufen können: in der Phantasie, ganz nebelhaft steigt vor ihnen das Bild auf, daß die furchtbare Lage sich langsam, aber stetig bessern könnte. Angesichts solcher Möglichkeiten würde man natürlich gerne noch ein bißchen weiter hungern, wenn es bloß „mal" anders werden würde. Und — es scheint ja so!

Wenn dem so wäre, so wäre natürlich der Pessimismus des Reichskanzlers der Orgesch-Republik unbegründet. Welche Meinung ist aber nun richtig: Die der Regierung, die selbst erklärt, daß sie zur Durchführung ihrer notwendigen Maßnahmen den Belagerungszustand haben muß oder die der hocherfreuten Proleten, die sich auf das Fleisch freuen, das sie „mal" zu bekommen glauben zu erschwinglichen Preisen?

Es dürfte klar sein, daß, wer ein Pferd vor einen Wagen spannt, dessen Ladung zu der physischen Kraft des ausgekorenen Zugtieres in einem Mißverhältnis steht, der fängt, trotzdem er der Möglichkeit der Bewältigung dieser Last durch seinen klapprigen Schinder recht skeptisch gegenübersteht, nicht von vornherein an zu prügeln. Denn damit würde er seinen Gaul gleich von vornherein störrisch machen. Er wird ihm erst ein Stück Zucker oder ein Stück Brot geben. Nachdem erst kommt die Peitsche, als letztes Mittel. — Und so versucht es die von den Junkern und der Schwerindustrie vorerst mit dem — in der Ferne hingehaltenen — Zuckerbrot. Und dann wird man weiterscheh.

Der Zweck der Regierungskrise war: politische Kopzessionen durchzudrücken, in der Hauptsache in bezug auf Verlängerung der Arbeitszeit. Die Verschlappung der Regierungsbildung ließ den Sozialdemokraten bereits den Angstschweiß auf die Stirn treten. Das wußte das deutsche Kapital. Als die Geschichte schon lange genug gedauert hatte und den sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Spießer die Unterhosen schon naß genug waren, stellte man sie vor die Alternative: „Wollt ihr oder wollt ihr nicht!" Was dann? Ermächtigungsgesetz, Verlängerung der Arbeitszeit und die formelle Zustimmung, zuerst im Ruhrgebiet. Dadurch weitere Stillegung anderer Betriebe und somit weitere ungeheure Vermehrung der Arbeitslosenheeres. Abbau der Erwerbslosenunterstützung und Legalisierung der uneingeschränkten Diktatur, vermittelst derer all diese Dinge realisiert werden sollten usw.

Die Sozialdemokraten stotterten verstört zu allem ihr Ja und Amen und baten nur noch darum, ihnen ein paar Phrasen nach außen, dem Proletariat gegenüber, nicht allzu übel zu nehmen. Es ginge eben nicht anders. Im Prinzip wären sie einverstanden. — (Und wofür sind die Sozialdemokraten etwa nicht zu haben?) Nun fehlte nur noch das nötige „Vertrauen" zur Regierung. Das glaubte man dadurch herstellen zu können, daß man die Preise, die vordem durch die systematische Sabotage der Junker, die gegen Papiermark nicht mehr liefern wollten, ins maßlose hinaufgetrieben hatte, auf ihr ursprüngliches Niveau zurückführte. Der Preis der Regierung sperrte man bereits die Lebensmittelzufuhr überhaupt, und drohte an, das Volk bei vollen Scheunen verhungern zu lassen. So wurden die Preise der Lebensmittel, die zur Verfügung standen, noch außerdem in die Höhe getrieben. Die Risikozuschläge von seiten des Handels waren ganz willkürlich. Nachdem man seine Pläne erreicht oder zum ausschlaggebendsten Teil erreicht, verschaffte man seiner eigenen Regierung einen „Erfolg". Man sind doch „bewiesen", daß eine „rechtsstehende" Regierung die Regierenden besser versteht, als eine sozialdemokratisch versuchte.